



**III.
Lagebericht
Entwurf
Jahresabschluss der
Stadt Eschweiler
zum 31.12.2014**

Inhaltsverzeichnis

1	Rahmenbedingungen der gemeindlichen Tätigkeit	1
1.1	Daten der Stadt Eschweiler	1
1.2	Rat (Sitzverteilung)	2
1.3	Verwaltung zum 31.12.2014.....	2
1.4	Personal der Stadtverwaltung.....	2
2	Ergebnisrechnung.....	3
2.1	Erträge.....	4
2.2	Aufwendungen.....	7
2.3	Kennzahlen zur Ergebnisrechnung	11
3	Finanzrechnung.....	13
3.1	Investive Auszahlungen.....	13
3.2	Investive Einzahlungen	14
4	Bilanz	14
4.1	Aktiva	15
4.2	Passiva.....	16
4.3	Kennzahlen zur Bilanz.....	17
5	Ergebnisentwicklung	19
6	Chancen und Risiken für die zukünftige Entwicklung	20
6.1	Risiken aus abgeschlossenen Verträgen	21
6.1.1	Kreditverträge.....	21
6.1.2	Vertragliche Vereinbarungen in Zusammenhang mit städt. Beteiligungen.....	21
6.1.3	Gewährträgerschaft für BKJ/ AöR	22

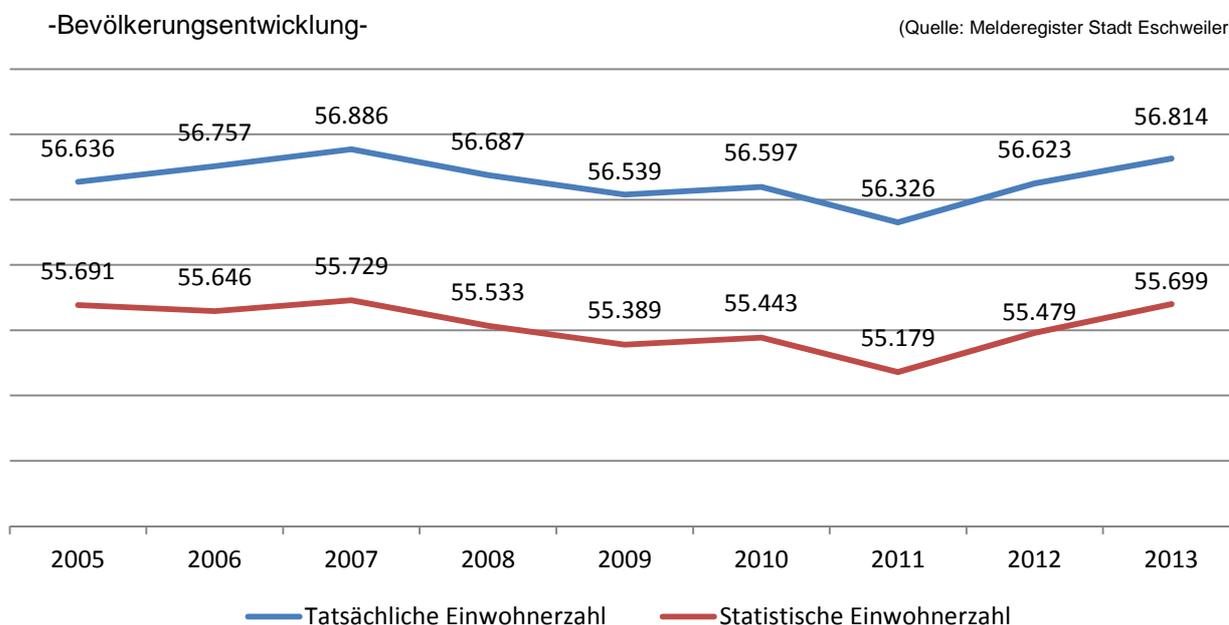
1 Rahmenbedingungen der gemeindlichen Tätigkeit

Gemäß § 37 der Gemeindehaushaltsverordnung NRW (GemHVO NRW) ist dem Jahresabschluss ein Lagebericht nach § 48 GemHVO NRW beizufügen.

Mithilfe des Lageberichtes soll es den Bürgerinnen und Bürgern, dem Rat und der Aufsichtsbehörde ermöglicht werden, ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage der Gemeinde zu erhalten. Dies soll unter anderem durch eine ausgewogene und umfassende, dem Umfang der gemeindlichen Aufgabenerfüllung entsprechende, Analyse der Haushaltswirtschaft, der Vermögens-, Schulden-, Ertrags- und Finanzlage der Gemeinde erfolgen.

Auch ist auf die Chancen und Risiken für die künftige Entwicklung der Gemeinde einzugehen.

1.1 Daten der Stadt Eschweiler



Entsprechend § 4 Abs. 2 GO NRW ist die Stadt Eschweiler eine mittlere kreisangehörige Stadt.

Verleihung der Stadtrechte: 26.04.1858

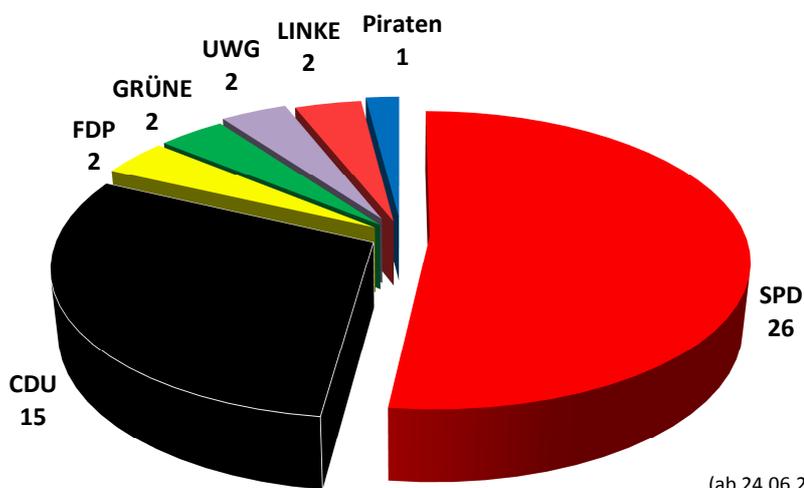
Stadtfläche: 75,88 km²

Länge des Straßennetzes: rd. 237,3 km
(einschließlich Ortsdurchfahrten von Bundes-, Landes- und Kreisstraßen)

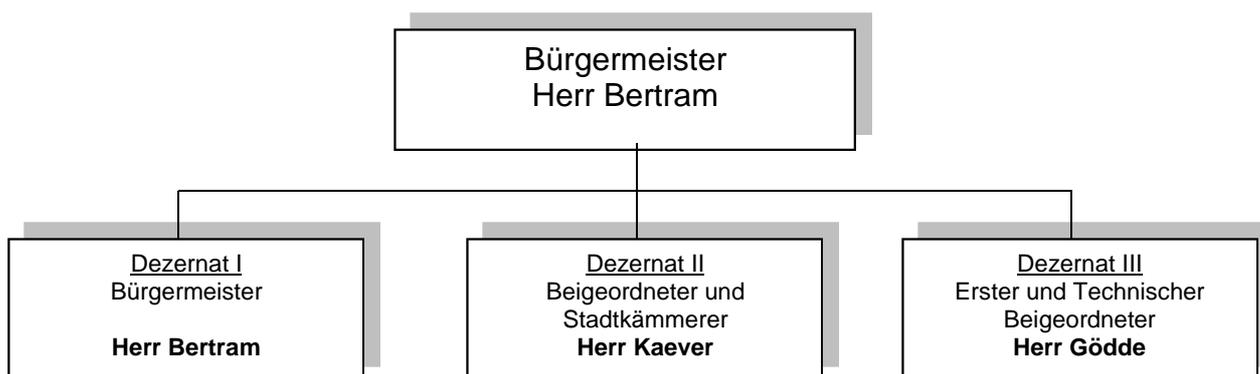
Städtische Schulen: 11 Grundschulen
1 Hauptschule
1 Realschule
1 Gymnasium
1 Gesamtschule
1 Förderschule

1.2 Rat (Sitzverteilung)

Der Stadtrat der Stadt Eschweiler besteht aus 50 Mitgliedern und dem Bürgermeister. Für das Jahr 2014 ergibt sich folgende Sitzverteilung:



1.3 Verwaltung zum 31.12.2014



1.4 Personal der Stadtverwaltung

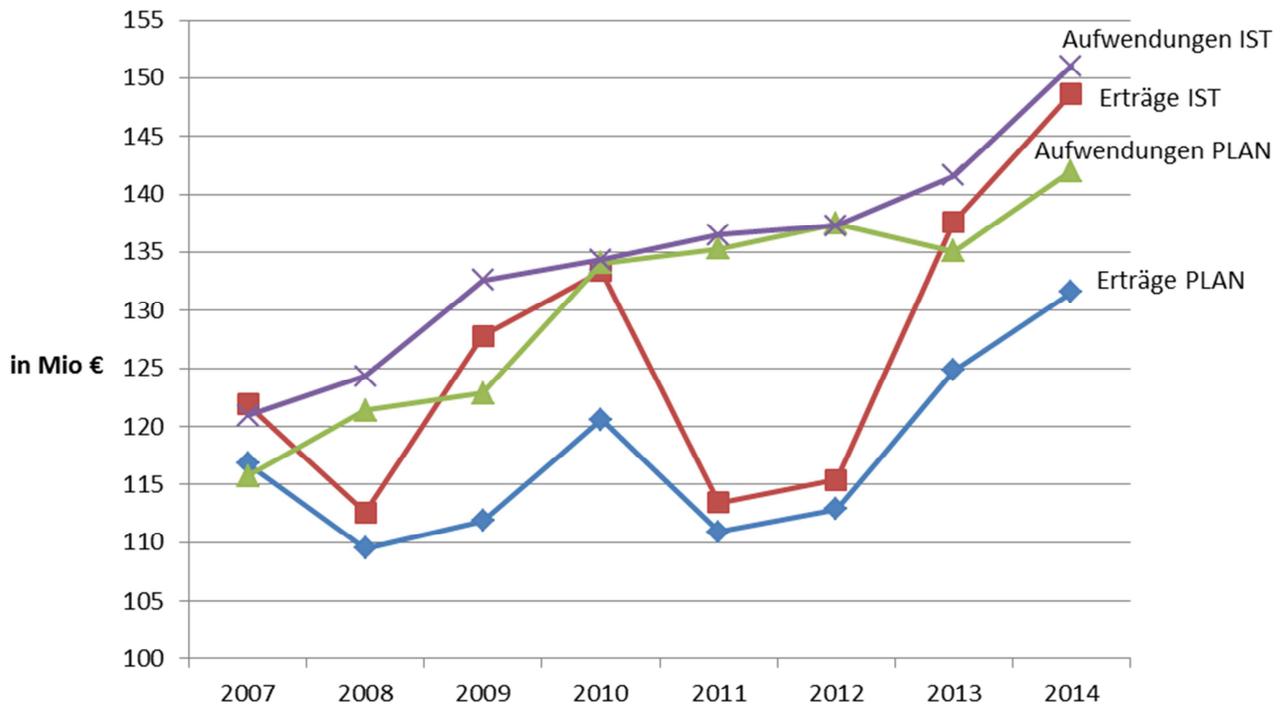
	31.12.2013		31.12.2014	
Beamte	133	(20,59 %)	116	(18,56 %)
Beschäftigte	468	(72,44 %)	470	(75,20 %)
Azubi, Anwärter, Praktikant	20	(3,10 %)	19	(3,04 %)
Geringfügig Beschäftigte	25	(3,87 %)	20	(3,20 %)

Der Rückgang der Personalstärke von 12/2013 nach 12/2014 resultiert insbesondere aus dem Ausscheiden von Mitarbeitern in der Altersteilzeit- Freizeitphase bzw. Zeitrente sowie aus einem regulären Ausscheiden mit zeitversetzer bzw. ohne Nachbesetzung.

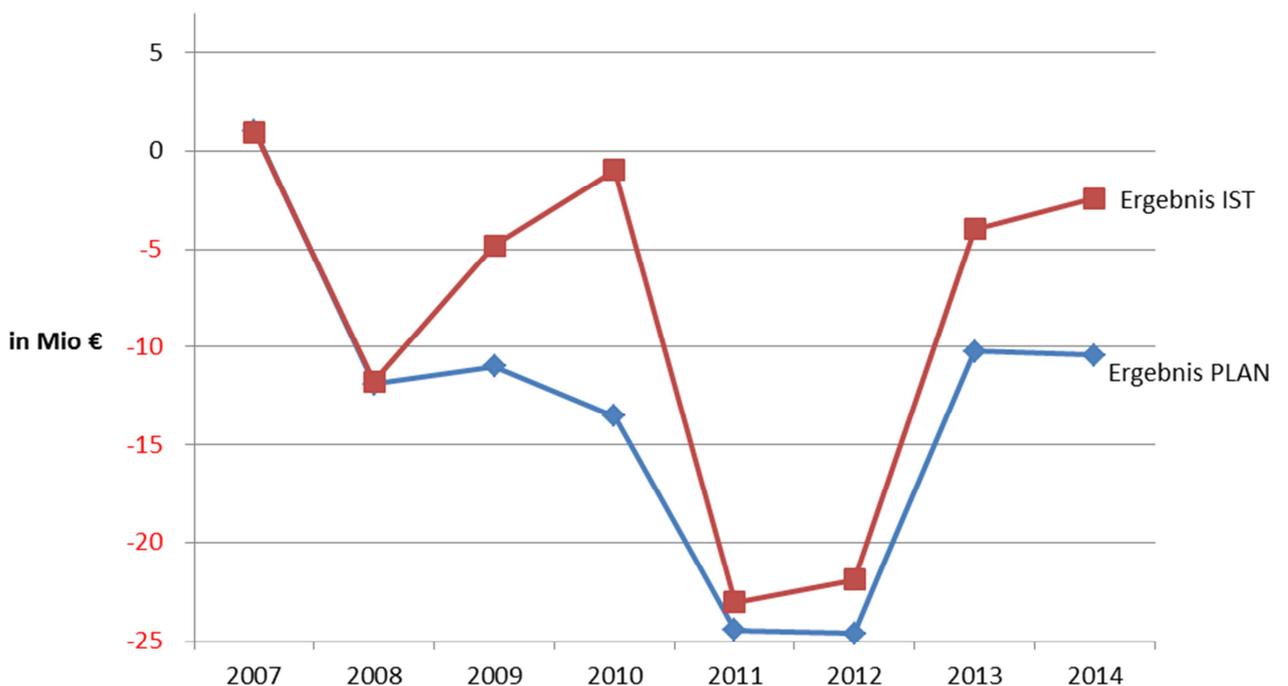
2 Ergebnisrechnung

Die Ergebnisrechnung 2014 schließt mit einem Jahresfehlbetrag in Höhe von 2.406.037,08 € ab. Dieser Fehlbetrag stellt im Vergleich zur Haushaltsplanung 2014 eine Haushaltsverbesserung von 7.998.812,92 € (Plan-Fehlbetrag: 10.404.850,00 €) dar.

PLAN – IST Vergleich Aufwendungen und Erträge

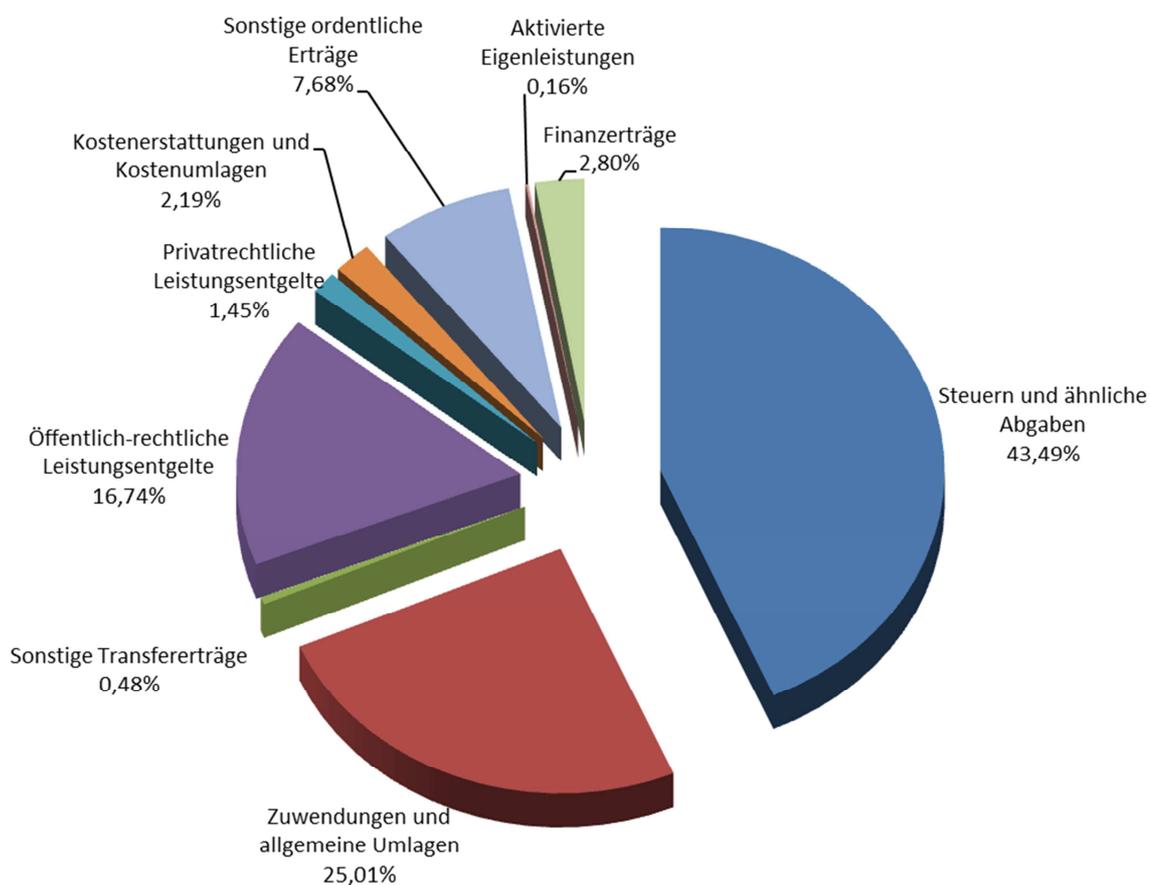


PLAN – IST Vergleich Jahresergebnisse



2.1 Erträge

Ergebnisposition	Bezeichnung	Ergebnis 2013	Ergebnis 2014	Abweichung 2013/ 2014
01	Steuern und ähnliche Abgaben	57.153.639,89 €	64.640.772,98 €	7.487.133,09 €
02	Zuwendungen und allgemeine Umlagen	38.449.280,82 €	37.179.928,81 €	-1.269.352,01 €
03	Sonstige Transfererträge	974.583,33 €	716.004,41 €	258.578,92 €
04	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	24.656.851,67 €	24.886.519,16 €	229.667,49 €
05	Privatrechtliche Leistungsentgelte	1.836.657,49 €	2.150.415,35 €	313.757,86 €
06	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	2.936.612,35 €	3.256.414,65 €	319.802,30 €
07	Sonstige ordentliche Erträge	6.185.196,24 €	11.420.725,30 €	5.235.529,06 €
08	Aktiviert Eigenleistungen	262.336,60 €	230.753,28 €	-31.583,32 €
19	Finanzerträge	5.183.204,49 €	4.163.254,48 €	-1.019.950,01 €
23	Außerordentliche Erträge	-0,22 €	0,00 €	0,22 €
Summe Gesamtertrag		137.638.362,66 €	148.644.788,42 €	11.006.425,76 €



Im Bereich der **Steuern und ähnlichen Abgaben** ergaben sich im Wesentlichen Veränderungen im Vergleich zum Haushaltsjahr 2013 bei der Gewerbesteuer (+ 6,34 Mio. €) und dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer (+ 1,06 Mio. €). Im Vergleich zur Haushaltsplanung wurde der Haushaltsansatz von 58.436.000,00 € mit rund + 6,20 Mio. € (+ 10,62 %) Mehrerträgen übertroffen.

Die Gewerbesteuererträge erhöhten sich im Plan-/ Ist-Vergleich um rund + 6,52 Mio. €, hauptsächlich begründet durch Gewerbesteuernachzahlungen im Jahr 2014.

Beim Gemeindeanteil an der Einkommensteuer ergab sich im Vergleich zum Vorjahr eine Steigerung (Ist 2013/ Ist 2014: + 1,06 Mio. €). Die Plan/ Ist-Abweichung beträgt rund 0,19 Mio. €.

Das Ergebnis bei den **Zuwendungen und allgemeinen Umlagen** verringerte sich um rund – 1,27 Mio. € gegenüber dem Vorjahr, lag jedoch mit rund + 2,83 Mio. € über dem Planansatz. Dieser Minderertrag im Vergleich zum Vorjahr ergab sich aufgrund der um rund – 2,63 Mio. € geringeren Schlüsselzuweisung (in 2013 schlugen sich die unerwarteten erheblichen Gewerbesteuernachzahlungen aus 2012 zuweisungsmindernd nieder).

Des Weiteren erhielt die Stadt Eschweiler in 2014 rund + 1,04 Mio. € mehr an Landeszuweisungen für die Betriebskosten der Kindergärten. Bei den Zuweisungen von übrigen Bereichen sind 1,80 Mio. € als rückzahlungspflichtige Zuwendung für die energetische Sanierung des Rathauses verbucht.

Das Ergebnis der **sonstigen Transfererträge** hat sich im Gegensatz zum Vorjahr um rund – 0,26 Mio. € verringert. Dies resultiert hauptsächlich aus in 2013 einmalig gebuchten Transfererträgen von der Entwicklungsgesellschaft Indeland mbH zur Freizeitzentrum Blaustein-See GmbH. Die sonstigen Transfererträge befinden sich somit wieder auf dem Niveau des Jahres 2012 (2012: 0,77 Mio. €, 2014: 0,72 Mio. €).

Bei den **öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelten** ergab sich auch dieses Jahr im Vergleich zum Vorjahr ein geteiltes Bild. Neben den wesentlichen Mehrerträgen u.a. bei den Teilnehmerentgelten (+ 67 T€), den Abwasserbeseitigungsgebühren (+ 376 T€) und den Elternbeiträgen für Kindergärten von freien Trägern (+ 77 T€) gab es demgegenüber wesentliche Mindererträge bei den Benutzungsgebühren (- 76 T€), den Krankentransportgebühren (- 63 T€) und den Rettungstransportgebühren (- 242 T€). Insgesamt stieg der Ertrag um + 229.667,49 €.

Die Mehrerträge der **privatrechtlichen Leistungsentgelte** in Höhe von 313.757,86 € ergeben sich durch den Mehrertrag aus der Entgelten für die Unterbringung von Asylbewerbern (+ 145 T€), Ertrag aus der Abgabe von Verpflegung (+ 58 T€) sowie Mieten und Pachten (+ 91 T€) im Vergleich zum Vorjahr.

Bei den **Kostenerstattungen und Kostenumlagen** ergab sich im Haushaltsjahr 2014 eine Abweichung gegenüber dem Vorjahr in Höhe von 319.802,30 €. Die Entwicklung von 2013 zu 2014 resultiert vor allem in geringeren Erträgen aus den Kostenerstattungen der Jugendhilfeträger gem. §§ 89 ff. SGB VIII (- 296 T€) und höheren Erträgen im Bereich Erstattungen von übrigen Bereichen (+ 604 T€). Hier handelte es sich um Rückzahlungen von Betriebskosten für integrativ bedingte Leistungen im Bereich der Kindergärten aus dem Jahr 2013.

Das erzielte Ergebnis der Position der **sonstigen ordentlichen Erträge** lag 5.235.529,06 € über dem Vorjahresergebnis. Diese deutliche Steigerung im Jahresvergleich ergibt sich zum einen aus Verzinsungserträgen durch Gewerbesteuernachzahlungen (+ 3,03 Mio. €) und zum anderen aus Erträgen aus der Herabsetzung von Rückstellungen (+ 2,63 Mio. €)

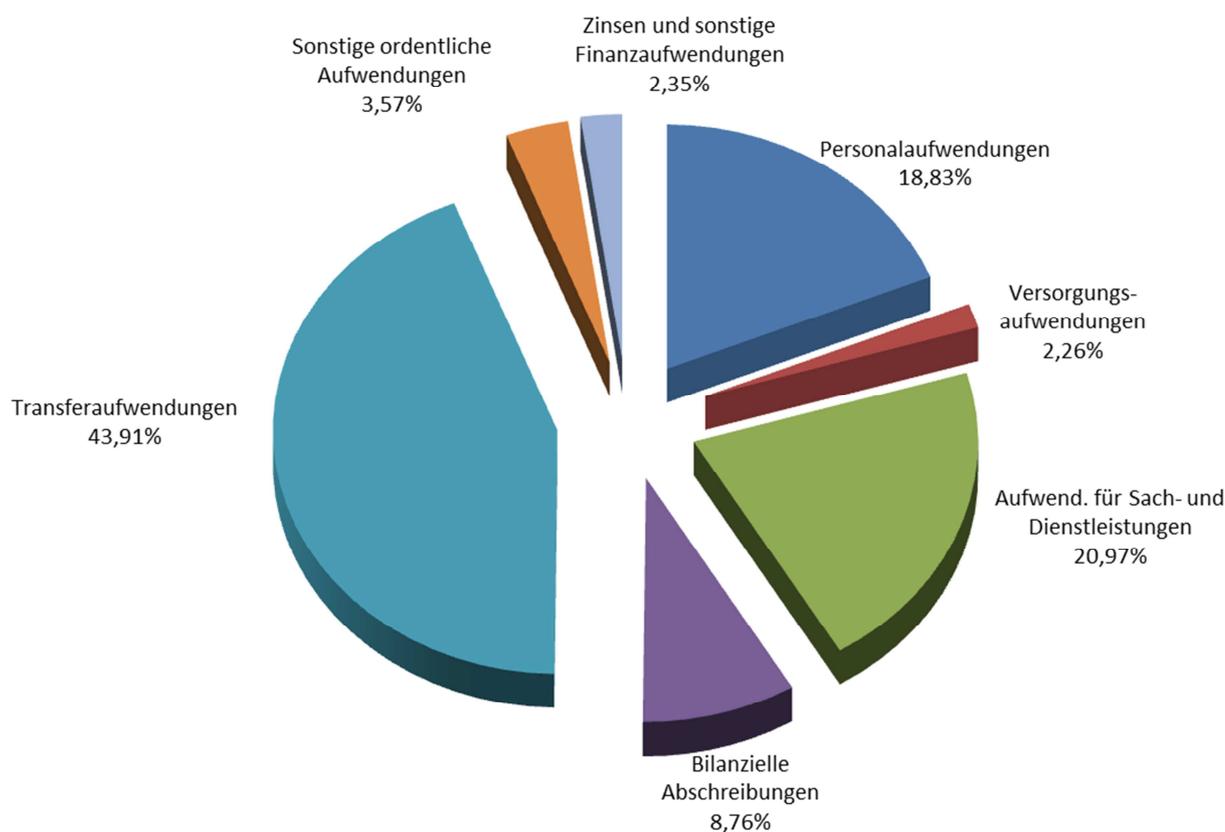
Im Bereich der **Finanzerträge** ergaben sich gegenüber dem Vorjahr 1.019.950,01 € an Mindererträgen, die sich in der Hauptsache aus geringeren Gewinnanteilen und Dividenden der EWV GmbH (- 212 T€) und der Erstattung von Kapitalertragsteuer (- 955 T€) ergeben. Demgegenüber ist jedoch der anteilige Bilanzgewinn an der Sparkasse Aachen im Vergleich zu 2013 um + 112.500,00 € gestiegen.

Nachfolgend wird die Entwicklung der wesentlichen Ertragsarten (> 2.000.000,00 €) im Vergleich zum Vorjahr und im Vergleich zur Planung aufgezeigt:

Sachkontenbezeichnung	IST 2013	PLAN 2014	IST 2014
Gewerbsteuer	24.454.815,77	24.276.000,00	30.799.651,69
Schlüsselzuweisungen vom Land	25.424.187,73	22.469.000,00	22.793.554,28
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	18.664.988,00	19.912.000,00	19.726.774,02
Abwasserbeseitigungsgebühren und ähnliche Entgelte	11.135.188,5	11.505.000,00	11.511.415,76
Grundsteuer B	8.955.896,73	9.112.000,00	8.925.132,10
Landeszuweisungen Betriebskosten Kindergarten	4.561.530,75	5.072.000,00	5.605.423,28
Abfallbeseitigungsgebühren und ähnliche Entgelte	4.563.432,56	4.655.000,00	4.524.393,41
Erträge aus der Herabsetzung von Rückstellungen	1.558.959,98	0,00	4.190.024,52
Verzinsung Gewerbesteuer	314.519,36	100.000,00	3.338.896,50
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Zuwendungen vom Land	3.144.808,78	3.206.250,00	3.119.545,95
Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	2.122.415,00	2.146.000,00	2.189.988,97
Zuweisungen von übrigen Bereichen	2.375.655,71	451.800,00	2.181.533,60
Leistungen nach dem Familienleistungsausgleich	2.024.545,15	1.997.000,00	2.003.641,01

2.2 Aufwendungen

Ergebnisposition	Bezeichnung	Ergebnis 2013	Ergebnis 2014	Abweichung 2013/ 2014
11	Personalaufwendungen	26.666.080,77 €	28.849.569,04 €	2.183.488,27 €
12	Versorgungsaufwendungen	2.279.422,28 €	4.726.718,85 €	2.447.296,57 €
13	Aufwend. für Sach- und Dienstleistungen	29.700.404,26 €	29.660.766,19 €	-39.638,07 €
14	Bilanzielle Abschreibungen	12.408.457,21 €	12.797.282,32 €	388.825,11 €
15	Transferaufwendungen	62.175.493,21 €	67.946.501,54 €	5.771.008,33 €
16	Sonstige ordentliche Aufwendungen	5.054.758,12 €	3.996.653,58 €	-1.058.104,54 €
20	Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen	3.326.951,12 €	3.073.333,98 €	-253.617,14 €
24	Außerordentliche Aufwendungen	0,00 €	0,00 €	0,00 €
Summe Gesamtaufwand		141.611.566,97 €	151.050.825,50 €	9.439.258,53 €



Im Ergebnis liegen die **Personalaufwendungen** in 2014 rund 2,18 Mio. € über dem Jahresergebnis 2013 und rund 2,41 Mio. € über dem Planwert 2014.

Im Bereich der tariflich Beschäftigten ergab sich im Vergleich zum Vorjahr eine Erhöhung um rund 552 T€, dies begründet sich vor allem durch die Mehraufwendungen aufgrund der Tarifierhöhungen ab dem 01.03.2014 um + 3,0 % sowie aus zusätzlichen, aufwandssteigernden Personalmaßnahmen.

Desweiteren stiegen im Jahresvergleich die Aufwendungen für die Zuführungen zu den Pensionsrückstellungen für Beschäftigte (+ 553 T€) sowie die Aufwendungen für Zuführungen zu Rückstellungen gemäß § 107 b BeamtVG (+ 829 T€)

Die im Jahr 2014 um rund 2,45 Mio. € gestiegenen **Versorgungsaufwendungen** gegenüber 2013 begründen sich im Wesentlichen mit den gestiegenen Beiträgen zu Versorgungskassen für Versorgungsempfänger - Beamte - (+ 840 T€), den Zuführungsaufwendungen zu Pensionsrückstellungen für Versorgungsempfänger (+ 962 T€) und den Aufwendungen für Zuführungen zu Beihilferückstellungen für Versorgungsempfänger (+ 633 T€).

Im Bereich der **Sach- und Dienstleistungen** sanken die Aufwendungen gegenüber dem Vorjahr um rund 40 T€. Im reinen Vergleich zur Planung (31.967.700,00 €), ohne Berücksichtigung der Ermächtigungsübertragungen und Ansatzfortschreibungen nach über- bzw. außerplanmäßigen Mittelbereitstellungen, zeigt sich ebenfalls eine Verbesserung in Höhe von rund 2,31 Mio. €, im wesentlichen resultierend aus Verbesserungen im Bereich Aufwendungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (0,702 Mio. €) und Aufwendungen zur Bewirtschaftung der Grundstücke und baulichen Anlagen (1,721 Mio. €). Der Vollständigkeit halber ist darauf hinzuweisen, dass die in diesem Bereich vorgenommenen Ermächtigungsübertragungen von 2014 nach 2015 das Ergebnis 2015 belasten werden.

Die wesentlichen Minderungen im Vergleich zum Vorjahr ergeben sich vor allem in den Bereichen Infrastrukturelles/ kaufmännisches Gebäudemanagement (- 430 T€), Sonstige schulische Aufgaben (- 143 T€), Unterhaltsvorschussleistungen (- 35 T€), Hilfen für junge Menschen und Familien (- 222 T€), Räumliche Planung und Entwicklung (- 77 T€), Gemeindestraßen (- 336 T€), Bundesstraßen (- 42 T€) sowie Straßenreinigung und Winterdienst (- 226 T€).

Gleichzeitig stehen diesen Minderaufwendungen im Vergleich zum Vorjahr allerdings auch Mehraufwendungen, beispielsweise in den Bereichen der EDV-Dienste und Datentechnik (+ 50 T€), Grundstücks- und Gebäudeverwaltung (+ 87 T€), Technisches Gebäudemanagement (+ 390 T€), Brandschutz/ Brandbekämpfung (+ 35 T€), Grundschulen (+40 T€), Hauptschulen (+ 46 T€), Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen (+ 101 T€), Hilfen bei Wohnproblemen (+ 37 T€), Abfallwirtschaft (+ 120 T€), Entwässerung und Abwasserbeseitigung (+ 398 T€), Öffentliches Grün (+ 81 T€) sowie Allgemeine Finanzwirtschaft (+ 81 T€) gegenüber.

Plan-/ Ist-Abweichungen ergeben sich in der Hauptsache aus folgenden Minderaufwendungen in den Bereichen EDV-Dienste und Datentechnik (- 135 T€), Infrastrukturelles/ kaufmännisches Gebäudemanagement (- 422 T€), Technisches Gebäudemanagement (- 79 T€), Gymnasium (- 91 T€), Gesamtschule (- 56 T€), Sonstige schulische Aufgaben (- 171 T€), Räumliche Planung und Entwicklung (- 187 T€), Entwässerung und Abwasserbeseitigung (- 142 T€), Gemeindestraßen (- 1.079 T€), Kreisstraßen (- 70 T€) sowie Straßenreinigung und Winterdienst (- 267 T€).

Mehraufwendungen ergeben sich in den Bereichen Grundstücks- und Gebäudeverwaltung (+ 41 T€), Brandschutz/ Brandbekämpfung (+ 44 T€), Hauptschulen (+ 81 T€), Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen (+ 101 T€), Hilfen für junge Menschen und ihre Familien (+ 162 T€), Hilfen bei Wohnproblemen (+ 43 T€), Abfallwirtschaft (+ 44 T€) sowie Allgemeine Finanzwirtschaft (+ 76 T€).

Im Bereich der **Transferaufwendungen** kam es im Vergleich zum Vorjahr zu einer Erhöhung der Aufwendungen um rund 5,77 Mio. €. Im Plan-/ Ist-Vergleich entstanden Mehraufwendungen von rund 6,38 Mio. €. Die Erhöhung im Vergleich zum Vorjahr ergibt sich in der Hauptsache aus den höheren Aufwendungen für:

Fehlbedarfsabdeckung AÖR	+	892 T€
Betriebskostenzuschüsse an freier Träger Kindertagesstätten	+	1.336 T€
Betriebskostenzuschüsse an die AÖR	+	646 T€
Tagespflege gemäß § 23 SGB VIII	+	220 T€
Heimerziehung gemäß § 34 SGB VIII	+	192 T€
Sach- und Geldleistungen gemäß § 3 AsylbLG	+	366 T€
Gewerbsteuerumlage	+	690 T€
Finanzierungsbeteiligung Fonds Deutsche Einheit	+	670 T€
Allgemeine Städteregionsumlage	+	842 T€
Sonstige Transferaufwendungen (Rückzahlungspflichtige Zuwendung)	+	575 T€

Die **sonstigen ordentlichen Aufwendungen** unterschritten den Vorjahresbetrag um rund 1,06 Mio. €. Dies ist insbesondere auf folgende Veränderungen zurückzuführen:

Verzinsung Gewerbesteuer nach § 233 a AO	+	218 T€
Ehrenamtliche und sonstige Tätigkeiten	+	61 T€
Miete und Pachten	-	90 T€
Softwareaufwand	+	38 T€
Geschäftsaufwendungen	+	34 T€
Kapitalertragssteuern	-	272 T€
Schadensfälle	-	32 T€
Einstellungen und Zuschreibungen in den Sonderposten	-	558 T€
Einzelwertberichtigungen	-	710 T€
Pauschalwertberichtigungen	+	336 T€
Sonderabgaben (Abwasser, Kläranlage und Abwassernetz)	-	141 T€

Die **Zinsen und sonstigen Finanzaufwendungen** ergeben im Jahresvergleich Minderaufwendungen von 253.617,14 €. Diese Entwicklung resultiert vor allem aus der günstigen Entwicklung bei den Zinssätzen für Kommunalkredite sowohl im Langfristbereich als auch im kurzfristigen Liquiditätssicherungsbereich. Die Summe dieser Kredite stieg von 2013 zu 2014 um rund 1,66 Mio. € auf 163,34 Mio. €.

Die **bilanziellen Abschreibungen** stiegen von 2013 auf 2014 um 388.825,11 € auf insgesamt 12.797.282,32 €. Der Planbetrag wurde mit rund 597 T€ überschritten.

Hier wirken sich jedoch auch die um rund 240 T€ höheren Niederschlagungen im Bereich der Forderungen aus, da vermehrt eine abschließende Bearbeitung von Vollstreckungsfällen erfolgte.

Nachfolgend wird die Entwicklung der wesentlichen Aufwandsarten (> 1.000.000 €) im Vergleich zum Jahr 2013 und im Vergleich zur Planung aufgezeigt:

Sachkontenbezeichnung	IST 2013	PLAN 2014	IST 2014
Allgemeine Städteregionsumlage	30.070.800,81	30.677.000,00	30.912.432,62
Vergütung der tariflich Beschäftigten	13.169.298,12	13.553.200,00	13.721.162,17
Abschreibungen auf Sachanlage	11.637.498,61	12.150.600,00	11.773.622,83
Betriebskostenzuschüsse an freie Träger Kintertagesstätten	6.259.234,83	7.415.000,00	7.595.127,27
Erstattungen für Aufwendungen von verbundenen Unter- nehmen, Beteiligungen und Sondervermögen	6.218.961,96	6.319.600,00	5.977.805,52
Betriebskostenzuschüsse an die AÖR	4.405.234,75	4.875.000,00	5.051.584,44
Bezüge Beamte	5.020.226,61	4.938.650,00	4.939.747,13
Erstattungen für Aufwendungen von Zweckverbänden und dergleichen	4.817.514,44	4.820.000,00	4.811.378,94
Heimerziehung gemäß § 34 SGB VIII	2.624.862,94	2.800.000,00	2.817.357,62
Gesetzliche Sozialversicherung der tariflich Beschäftigten - Arbeitgeberanteil -	2.541.634,27	2.611.600,00	2.668.175,82
Gewerbesteuerumlage	1.863.601,00	1.693.000,00	2.553.326,18
Zuführungen zu Pensionsrückstellungen für Beschäftigte	1.958.716,00	1.497.150,00	2.511.633,00
Finanzierungsbeteiligung Fonds Deutsche Einheit	1.810.355,00	1.645.000,00	2.480.374,01
Beiträge zu Versorgungskassen für Versorgungs- empfänger (Beamte)	1.531.129,02	2.420.000,00	2.370.729,00
Aufwendungen für sonstige Dienstleistungen	3.981.229,52	4.031.450,00	2.266.671,46
Zinsaufwendungen an sonstige öffentliche Sonder- rechnungen	2.203.513,29	2.074.200,00	2.160.682,50
Fehlbedarfsabdeckung AÖR	974.299,75	872.600,00	1.866.356,06
Sonstige Transferaufwendungen	2.375.000,00	0,00	1.800.000,00
Aufwendung für Entsorgung	39.059,37	46.500,00	1.792.329,12
Städteregionsumlage - Mehrbelastung für ÖPNV -	1.531.220,40	1.599.000,00	1.651.241,16
Vollzeitpflege gemäß § 33 SGB VIII	1.534.643,10	1.450.000,00	1.646.189,87
Heizung	1.831.596,91	1.800.000,00	1.493.287,55
Tagespflege gemäß § 23 SGB VIII	1.014.468,95	900.000,00	1.234.950,36
Zuführungen zu Pensionsrückstellungen für Versorgungs- empfänger	248.946,00	0,00	1.210.594,00
Aufwendungen für sonstige Beschäftigte	947.499,06	844.000,00	1.094.421,12
Beiträge zu Versorgungskassen für tariflich Beschäftigte	1.017.425,85	1.050.350,00	1.069.183,23
Sach- und Geldleistungen gemäß § 3 AsylbLG	690.004,42	550.000,00	1.056.426,06

2.3 Kennzahlen zur Ergebnisrechnung

Kennzahlen	Ergebnis 2008	Ergebnis 2009	Ergebnis 2010	Ergebnis 2011	Ergebnis 2012	Ergebnis 2013	Ergebnis 2014	Erläuterung
1) Aufwandsdeckungsgrad	92,04 %	96,28 %	99,45 %	81,35 %	83,59 %	95,78 %	97,64 %	Der Aufwandsdeckungsgrad zeigt an, zu welchem Anteil die ordentlichen Aufwendungen durch ordentliche Erträge gedeckt werden können. Ein finanzielles Gleichgewicht kann nur durch eine vollständige Deckung erreicht werden.
2) Abschreibungsintensität	9,60 %	8,94 %	9,09 %	9,19 %	8,83 %	8,44 %	7,99 %	Die Abschreibungsintensität gibt an, in welchem Umfang die Stadt Eschweiler durch die Abnutzung des Anlagevermögens belastet wird.
3) Abschreibungslastquote	237,75 %	235,45 %	234,19 %	236,28 %	245,47 %	269,66 %	240,16 %	Die Kennzahl Abschreibungslastquote zeigt das Verhältnis zwischen den bilanziellen Abschreibungen und den Erträgen aus der Auflösung von Sonderposten im Haushaltsjahr an. Die Kennzahl unterstützt die Bewertung der tatsächlichen Aufwendungen aus der Nutzung des vorhandenen Vermögens.
4) Drittfinanzierungsquote	42,06 %	42,47 %	42,70 %	42,32 %	40,74 %	37,08 %	41,64 %	Die Drittfinanzierungsquote zeigt das Verhältnis zwischen den bilanziellen Abschreibungen und den Erträgen aus der Auflösung von Sonderposten. Sie gibt einen Hinweis auf die Frage, inwieweit die Erträge aus der Sonderpostenauflösung die Belastung durch Abschreibungen abmildern. Damit wird die Beeinflussung des Werteverzehrs durch die Drittfinanzierung deutlich.
5) Zinslastquote	4,71 %	3,53 %	3,31 %	3,06 %	2,68 %	2,41 %	2,08 %	Die Zinslastquote zeigt auf, welche Belastung aus Finanzaufwendungen zusätzlich zu den (ordentlichen) Aufwendungen aus laufender Verwaltungstätigkeit besteht.

Kennzahlen	Ergebnis 2008	Ergebnis 2009	Ergebnis 2010	Ergebnis 2011	Ergebnis 2012	Ergebnis 2013	Ergebnis 2014	Erläuterung
6) Zuwendungsquote	15,93 %	20,71 %	18,23 %	18,73 %	16,11 %	29,03 %	25,73 %	Die Zuwendungsquote gibt einen Hinweis darauf, inwieweit die Stadt Eschweiler von Zuwendungen und damit von Leistungen Dritter abhängig ist.
7) Personalintensität	20,45 %	19,79 %	20,25 %	19,32 %	19,52 %	19,28 %	19,50 %	Die Personalintensität gibt an, welchen Anteil die Personalaufwendungen an den ordentlichen Aufwendungen ausmachen.
8) Sach- und Dienstleistungsintensität	22,70 %	23,48 %	22,96 %	24,39 %	22,36 %	21,48 %	20,04 %	Die Sach- und Dienstleistungsintensität lässt erkennen, in welchem Ausmaß sich eine Gemeinde für die Inanspruchnahme von Leistungen Dritter entschieden hat.
9) Transferaufwandsquote	38,75 %	38,88 %	42,05 %	41,01 %	42,84 %	44,96 %	45,92 %	Die Transferaufwandsquote stellt einen Bezug zwischen den Transferaufwendungen und den ordentlichen Aufwendungen her.
10) Netto-Steuerquote	47,85 %	44,80 %	50,46 %	47,59 %	47,26 %	41,53 %	42,75 %	Die Netto-Steuerquote gibt an, zu welchem Teil sich die Gemeinde „selbst“ finanzieren kann und somit unabhängig von Finanzleistungen Dritter ist.

3 Finanzrechnung

	Ergebnis 2013	PLAN 2014	Ergebnis 2014
Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	132.663.289,75 €	126.907.350 €	138.831.190,86 €
Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	-122.705.446,44 €	-132.622.050 €	-135.476.012,47 €
Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit	9.957.843,31 €	-5.714.700 €	3.355.178,39 €
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	6.777.992,96 €	5.822.900 €	9.070.719,52 €
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	-12.948.714,53 €	-13.671.550 €	-12.283.908,32 €
Saldo aus Investitionstätigkeit	-6.170.721,57 €	-7.848.650 €	-3.213.188,80 €
Finanzmittelüberschuss/-fehlbetrag	3.787.121,74 €	-13.563.350 €	141.989,59 €
Saldo aus Finanzierungstätigkeit	-2.478.908,10 €	1.678.600 €	980.039,34 €
Anfangsbestand an Finanzmitteln	635.392,85 €	0 €	2.633.396,13 €
Bestand an fremden Finanzmitteln	689.789,64 €	0 €	-644.692,03 €
Liquide Mittel	2.633.396,13 €	-11.884.750 €	3.110.733,03 €

3.1 Investive Auszahlungen

a) Grundstücke und Gebäude	320.205,46 €
b) Baumaßnahmen	
Entwässerung und Abwasserbeseitigung	4.385.816,71 €
Gemeinde-/ Kreisstraßen	2.844.447,76 €
Technisches Gebäudemanagement	1.580.885,26 €
Sportstätten	478.046,26 €
Öffentliches Grün	115.521,14 €
Natur und Landschaft	33.896,80 €
Öffentliche Bäder	31.330,35 €
Abwehr Großschadensereignisse	27.012,32 €
Blaustein-See	6.866,95 €
c) Bewegliches Anlagevermögen	
Fahrzeugen und Maschinen	37.489,32 €
Immaterielle Vermögensgegenstände	24.437,73 €
Betriebs- und Geschäftsausstattung	239.865,85 €
Anlagen im Bau	586.215,07 €
d) Finanzanlagen	1.550.000,00 €
e) Sonstige Investitionsauszahlungen	21.871,34 €
Summe	12.283.908,32 €

3.2 Investive Einzahlungen

Den vorgenannten Investitionen stehen Einzahlungen für Investitionen und Baumaßnahmen in folgender Höhe gegenüber:

Investitionszuwendungen vom Land	2.952.310,81 €
Einzahlungen aus der Veräußerung von Grundstücken	1.152.829,00 €
Einzahlungen aus der Veräußerung von Bauwerken	2.989.284,86 €
Einzahlungen aus der Veräußerung von beweglichem Vermögen	5.360,00 €
Einzahlungen aus der Abwicklung von Baumaßnahmen	513.361,25 €
Beiträge aus der Abwicklung von Baumaßnahmen	1.434.308,67 €
Sonstige	23.264,93 €
Summe	9.070.719,52 €

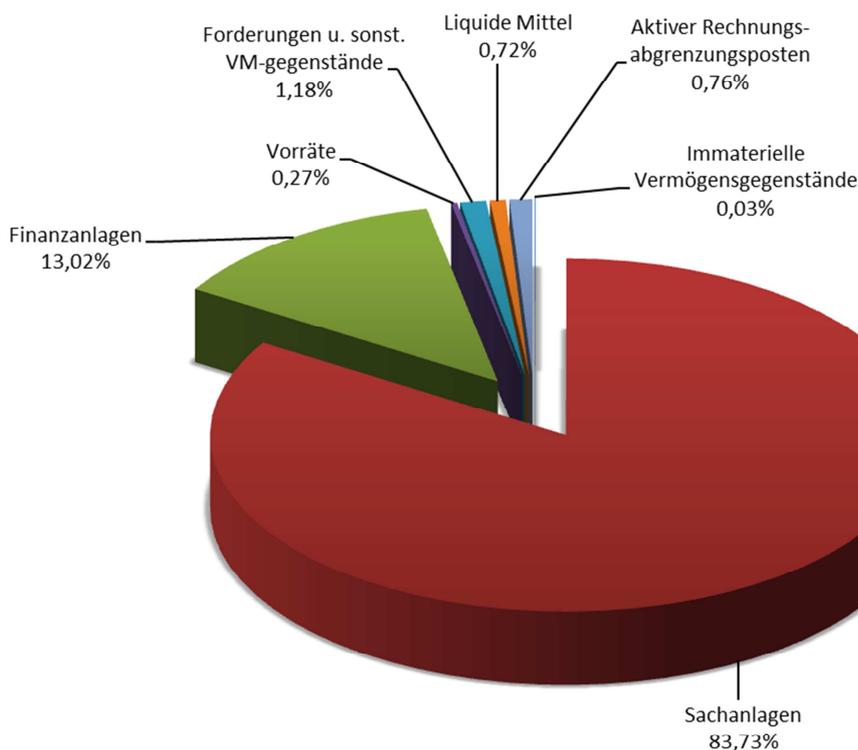
4 Bilanz

Die Bilanz zum 31.12.2014 weist unter Berücksichtigung der Salden der Ergebnis- und der Finanzrechnungen insgesamt eine Bilanzsumme 434.962.268,97 € aus. Damit hat sich die Bilanzsumme im Laufe des Jahres 2014 um 3.555.283,14 € verringert.

Die Eckpunkte der Bilanzsumme stellen sich wie folgt dar:

AKTIVA		PASSIVA	
Anlagevermögen	421.005.494,14 €	Eigenkapital	53.480.792,40 €
Umlaufvermögen	9.434.824,77 €	Sonderposten	113.507.605,68 €
		Rückstellungen	77.679.872,61 €
		Verbindlichkeiten	179.510.426,73 €
Aktive	4.521.950,06 €	Passive	10.783.571,55 €
Rechnungsabgrenzung		Rechnungsabgrenzung	
Σ AKTIVA	<u>434.962.268,97 €</u>	Σ PASSIVA	<u>434.962.268,97 €</u>

4.1 Aktiva



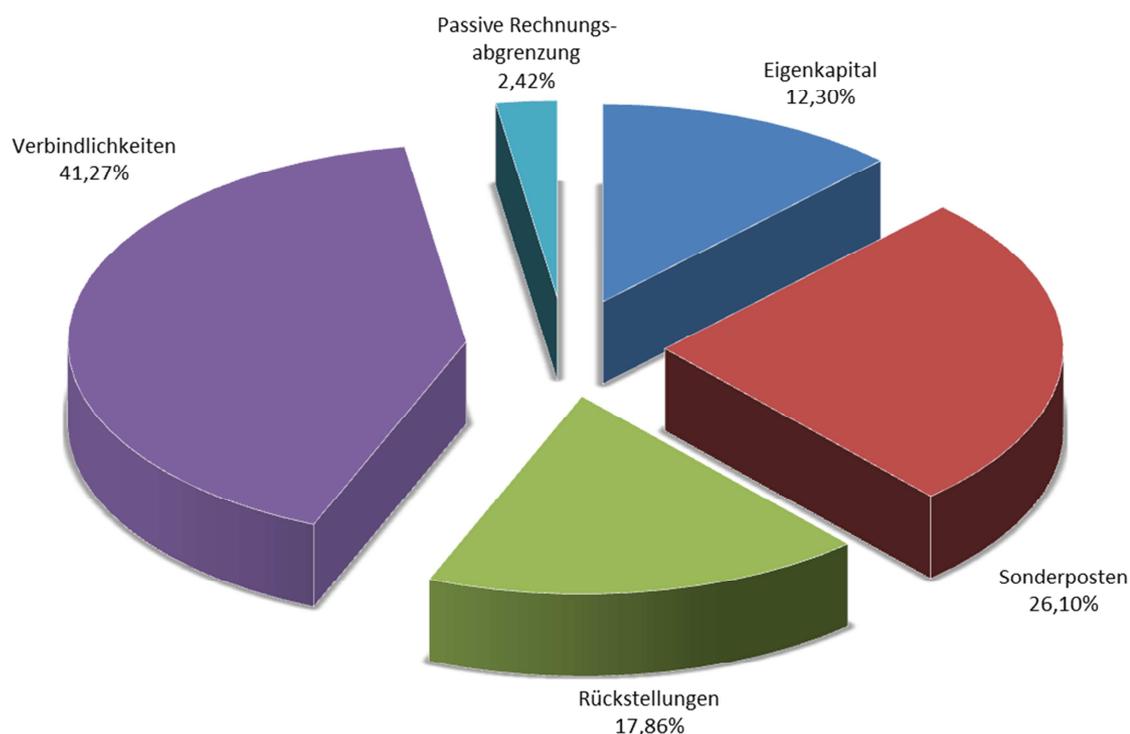
Wesentliche Veränderungen auf der Aktivseite der Bilanz ergaben sich im Vergleich zur Schlussbilanz 2013 in den Bereichen der unbebauten Grundstücke (- 5,59 Mio. €), der bebauten Grundstücke (+ 3,13 Mio. €), des Infrastrukturvermögens (- 2,58 Mio. €), der Finanzanlagen (+ 2,61 Mio. €), den Forderungen und sonstigen Vermögensgegenständen (- 2,51 Mio. €), den liquiden Mitteln (+ 0,48 Mio. €) und den Aktiven Rechnungsabgrenzungsposten (+ 1,01 Mio. €).

Die wesentlichen Änderungen im Bereich Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte sind auf die Korrekturumbuchungen zurückzuführen, welche veranlasst wurden, um die tatsächliche Nutzungsart eines Grundstücks bilanziell richtig darzustellen.

Desweiteren ist im Bereich Entwässerungs- und Abwasserbeseitigungsanlagen ein Abgang von Sonderbauwerken an den Wasserverband Eifel-Rur zu verzeichnen, woraus sich die wesentliche Minderung der Bilanzposition erklärt.

Nähere Informationen hierzu und auch zu den Finanzanlagen sind im Anhang zum Jahresabschluss weiter erläutert.

4.2 Passiva



Im Bereich der Passiva ergeben sich deutliche Veränderungen vor allem im Bereich des Eigenkapitals. Hier wirkt sich zum einen der in der Ergebnisrechnung ausgewiesene Fehlbetrag in Höhe von - 2.406.037,08 € aus. Weiter wirkt sich hier jedoch auch der vorgenannte Abgang von Sonderbauwerken aus, welcher direkt gegen die Allgemeine Rücklage verbucht wurde.

Der Bestand der Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen ist um rund 1,07 Mio. € gesunken, die Verbindlichkeiten aus Krediten zur Liquiditätssicherung um 2,72 Mio. € gestiegen. Die Entwicklung der Liquiditätssicherungskredite in Vorjahren spiegelt zum einen die erwirtschafteten Fehlbeträge der Ergebnisrechnung wider, aber zum anderen auch den rechtlich zulässigen Umstand, dass aufgrund der günstigen Zinskonditionen bei Liquiditätssicherungskrediten auch teilweise Investitionsmaßnahmen über diese Kreditform vorfinanziert wurden. In 2014 wurden unter Ausnutzung des zurzeit günstigen Zinsniveaus entsprechende Liquiditätssicherungskredite in langfristige Investitionskredite umgewandelt.

4.3 Kennzahlen zur Bilanz

Kennzahlen	Ergebnis 2007	Ergebnis 2008	Ergebnis 2009	Ergebnis 2010	Ergebnis 2011	Ergebnis 2012	Ergebnis 2013	Ergebnis 2014	Erläuterung
1) Eigenkapitalquote I	30,32 %	28,03 %	26,40 %	26,06 %	21,11 %	13,83 %	12,60 %	12,30 %	Die Eigenkapitalquote I misst den Anteil des Eigenkapitals am gesamten bilanzierten Kapital (Gesamtkapital) auf der Passivseite der kommunalen Bilanz.
2) Eigenkapitalquote II	54,91 %	51,22 %	49,67 %	49,27 %	45,80 %	39,26 %	38,04 %	37,08 %	Die Eigenkapitalquote II misst den Anteil des „wirtschaftlichen Eigenkapitals“ am gesamten bilanzierten Kapital (Gesamtkapital) auf der Passivseite der Bilanz. Weil bei den Gemeinden der Sonderposten mit Eigenkapitalcharakter oft einen wesentlichen Ansatz in der Bilanz darstellt, wird die Wertgröße „Eigenkapital“ um diese „langfristigen“ Sonderposten erweitert.
3) Infrastrukturquote	49,02 %	48,68 %	48,20 %	47,82 %	47,72 %	49,00 %	48,17 %	47,97 %	Die Infrastrukturquote stellt ein Verhältnis zwischen dem Infrastrukturvermögen und dem Gesamtvermögen auf der Aktivseite der Bilanz her. Sie gibt Aufschluss darüber, ob die Höhe des Infrastrukturvermögens den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen der Gemeinde entspricht.
4) Investitionsquote	84,41 %	133,94 %	95,05 %	107,05 %	79,36 %	49,40 %	93,44 %	85,92 %	Die Investitionsquote gibt Auskunft darüber, in welchem Umfang dem Substanzverlust durch Abschreibungen und Vermögensabgängen neue Investitionen gegenüberstehen.
5) Anlagendeckungsgrad II	77,40 %	72,91 %	75,81 %	75,59 %	72,61 %	67,63 %	67,92 %	67,25 %	Der Anlagendeckungsgrad II gibt an, wie viel Prozent des Anlagevermögens langfristig finanziert ist.
6) Anlagenintensität	98,74 %	98,08 %	97,43 %	97,39 %	96,83 %	97,08 %	96,55 %	96,79 %	Die Anlagenintensität stellt ein Verhältnis zwischen dem Anlagevermögen und dem Gesamtvermögen auf der Aktivseite der Bilanz her. Sie gibt Aufschluss darüber, ob die Höhe des Anlagevermögens den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen der Stadt entspricht. Ein hoher Wert verlangt in der Regel einen hohen Anteil des Eigenkapitals oder von langfristigem Fremdkapital am Gesamtkapital auf der Passivseite.

Kennzahlen	Ergebnis 2007	Ergebnis 2008	Ergebnis 2009	Ergebnis 2010	Ergebnis 2011	Ergebnis 2012	Ergebnis 2013	Ergebnis 2014	Erläuterung
7) Dynamischer Verschuldungsgrad	26,58	-	174,47	23,09	-	-	25,02	74,89	Mit dem dynamischen Verschuldungsgrad lässt sich die Fähigkeit der Schuldentilgung der Stadt Eschweiler beurteilen. Sie hat dynamischen Charakter, weil sie mit dem Saldo aus laufender Verwaltungstätigkeit aus der Finanzrechnung eine zeitraumbezogene Größe enthält. Dieser Saldo zeigt bei einer Stadt an, in welcher Größenordnung freie Finanzmittel aus ihrer laufenden Geschäftstätigkeit im abgelaufenen Haushaltsjahr zur Verfügung stehen und damit zur möglichen Schuldentilgung genutzt werden könnten. Der dynamische Verschuldungsgrad gibt an, in wie vielen Jahren es unter theoretisch gleichen Bedingungen möglich wäre, die Effektivverschuldung aus den zur Verfügung stehenden Finanzmitteln vollständig zu tilgen (Entschuldungsdauer). Aufgrund des negativen Saldo aus lfd. Verwaltungstätigkeit in der Finanzrechnung 2008 und 2011-2012 war hier eine entsprechende Kennzahl nicht ermittelbar.
8) Liquidität II. Grades	8,45 %	9,29 %	12,78 %	9,92 %	9,33 %	5,97 %	8,38 %	6,63 %	Der Liquiditätsgrad II gibt stichtagsbezogen Auskunft über die „kurzfristige Liquidität“ der Stadt. Sie zeigt auf, in welchem Umfang die kurzfristigen Verbindlichkeiten zum Bilanzstichtag durch die vorhandenen liquiden Mittel und die kurzfristigen Forderungen gedeckt werden können.
9) Kurzfristige Verbindlichkeitsquote	9,68 %	15,35 %	15,43 %	15,99 %	19,14 %	24,05 %	23,96 %	24,33 %	Die kurzfristige Verbindlichkeitsquote zeigt auf, wie hoch die Bilanz durch kurzfristiges Fremdkapital belastet wird.

5 Ergebnisentwicklung

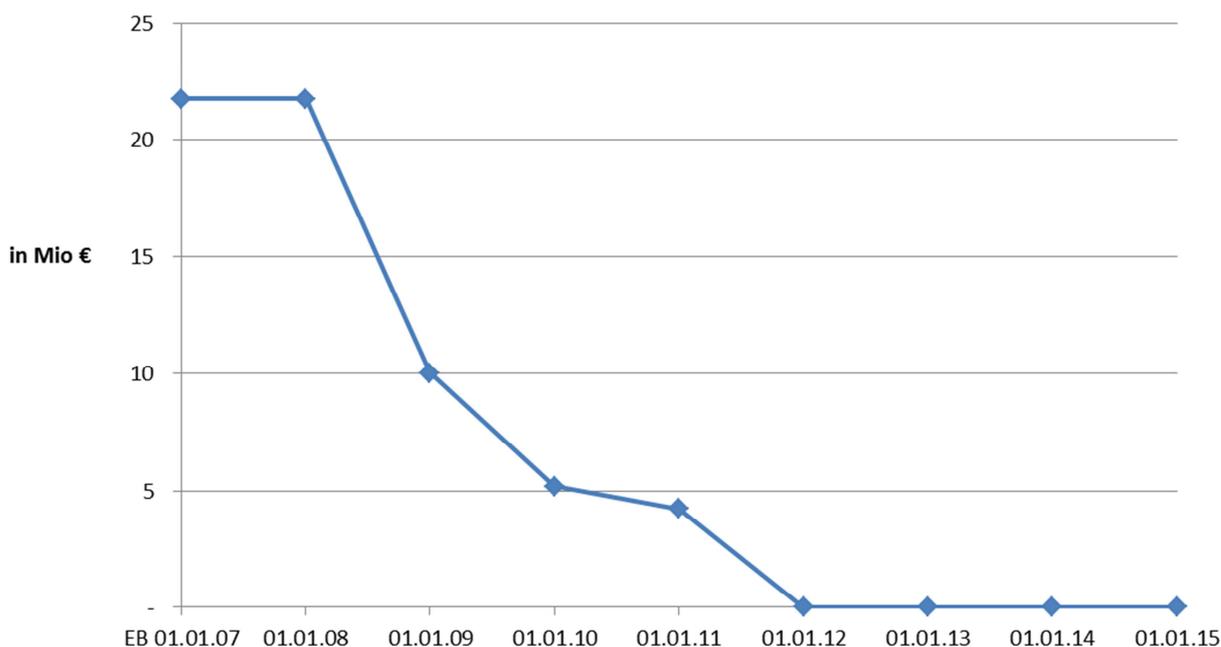
Die Haushaltsplanung 2014 ging zunächst von einem Jahresfehlbedarf in Höhe von - 10.404.850,00 € aus. Insbesondere die Verschlechterung der Entwicklung der laufenden Gewerbesteuererträge um rund 2,5 Mio. Euro sowie Ergebnisverbesserungen in Höhe von rund 10,8 Mio. € aus erheblichen Gewerbesteuernachzahlungen führten zu einem Jahresergebnis von - 2.406.037,08 €. Im Vergleich zum geplanten Fehlbetrag stellt dies eine Verbesserung in Höhe von + 7.998.812,92 € dar.

Die Finanzrechnung 2014 weist einen Bestand an liquiden Mitteln von 3.110.733,03 € aus.

Die Bilanzsumme beläuft sich zum 31.12.2014, unter Berücksichtigung der Salden der Ergebnis- und der Finanzrechnung, auf insgesamt 434.962.268,97 €. Damit hat sich die Bilanzsumme im Laufe des Jahres 2014 um 3.555.283,14 € im Vergleich zum Stichtag 31.12.2013 verringert.

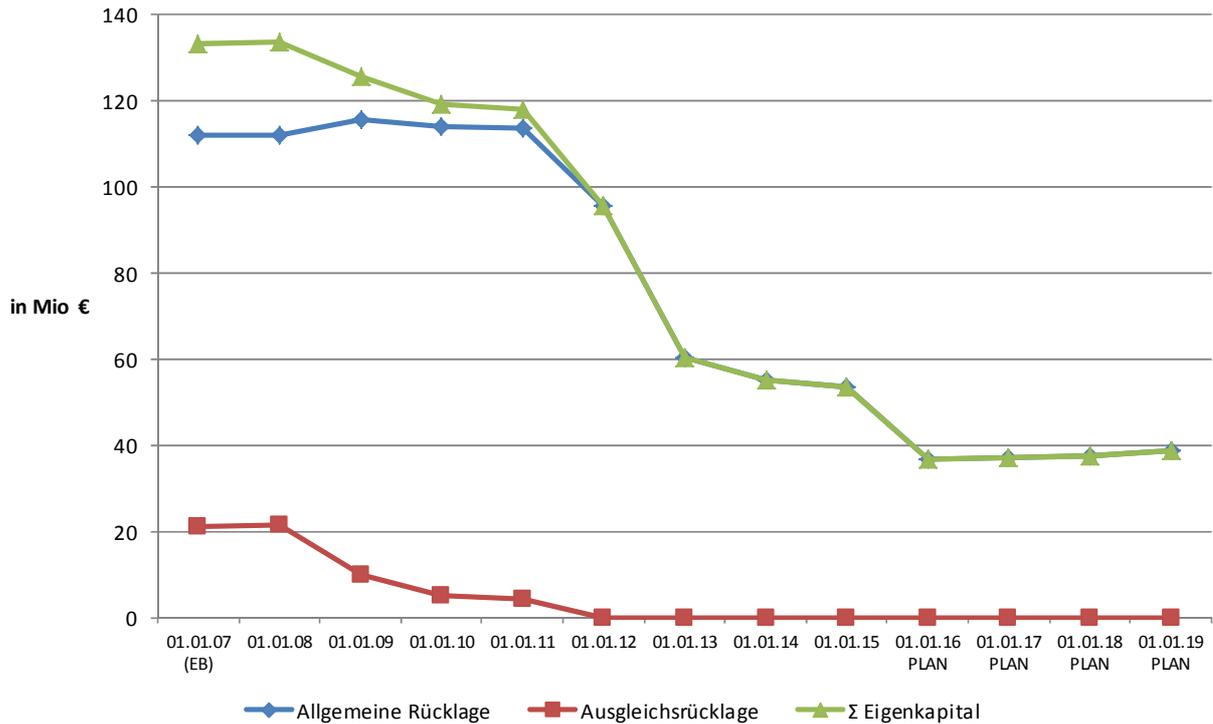
Mit dem Jahresabschluss 2011 war die Ausgleichsrücklage vollständig aufgebraucht. Somit führt das Jahresergebnis in Höhe von -2.406.037,08 € insgesamt zum 01.01.2015 zu einer Verringerung des Eigenkapitals in gleicher Höhe. Insgesamt stellt sich die Entwicklung des Ausgleichsrücklage wie folgt dar:

Entwicklung der Ausgleichsrücklage



Nachfolgend wird die Entwicklung des Eigenkapitals (getrennt nach Allg. Rücklage, Ausgleichsrücklage und Gesamtsumme Eigenkapital) aufgezeigt:

Entwicklung des Eigenkapitals



Während die Eigenkapitalquote – mit bzw. ohne langfristige Sonderposten – in den Jahren 2009, 2010 und 2011 nahezu stagnierte, zeigte sich zum 31.12.2011 eine deutliche Absenkung, die in erster Linie auf Mindererträge bei der Gewerbesteuer sowie bei den Schlüsselzuweisungen des Landes zurückzuführen waren. Zum 31.12.2012 verzeichnete die Stadt Eschweiler aufgrund der Abwertung der RWE-Aktien eine deutliche Senkung des Eigenkapitals und damit auch der Eigenkapitalquote, welche mit einer weiteren Abwertung der RWE-Aktien in 2013 nochmals verringert werden musste. Für 2014 wirkt sich der vorgenannte Jahresfehlbetrag weiterhin negativ auf das Eigenkapital und die Eigenkapitalquote aus.

6 Chancen und Risiken für die zukünftige Entwicklung

Gemäß § 75 Abs. 2 GO muss der Haushalt in jedem Jahr in Planung und Rechnung ausgeglichen sein. Er ist ausgeglichen, wenn der Gesamtbetrag der Erträge die Höhe des Gesamtbetrages der Aufwendungen erreicht oder übersteigt. Die Verpflichtung gilt als erfüllt, wenn der Fehlbedarf im Ergebnisplan und der Fehlbetrag in der Ergebnisrechnung durch Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage gedeckt werden können. Die Ausgleichsrücklage war zum 31.12.2011 vollständig aufgezehrt, so dass nunmehr zum Fehlbetragsausgleich in Höhe von - 2.406.037,08 € ausschließlich die allgemeine Rücklage in Anspruch genommen wird. Damit konnte der Haushalt 2014 - wie auch schon in den Vorjahren - nicht ausgeglichen werden.

Die Situation der finanziellen Ausstattung des Haushaltes der Stadt Eschweiler ist seit Jahren bekannt und in den jeweiligen Fortschreibungen der Haushaltssicherungskonzepte ausführlich erläutert und dargestellt. Grundsätzlich gelten die hier aufgezeigten Tendenzen auch weiterhin. Das Risiko einer drohenden Überschuldung besteht latent.

Die angespannte Finanzentwicklung zwingt die Stadt Eschweiler weiterhin zu einer kontinuierlichen Aufgabenkritik und einem konsequenten Sparen im laufenden sowie in den folgenden Haushaltsjahren. Es gilt Wege zu finden, wie durch eine dauerhafte Aufgaben- und somit Ausgabenveränderung eine nachhaltige Stärkung des Eigenkapitals und damit einhergehend eine Reduzierung der Liquiditätskredite erfolgen kann. Nur so können künftig weitere Belastungen der Bürgerinnen und Bürger vermieden werden.

6.1 Risiken aus abgeschlossenen Verträgen

Von der Vielzahl der zum Stichtag 31.12.2014 abgeschlossenen Verträge der Stadt mit Dritten (z.B. Pacht-, Miet- und sonstige Nutzungsverträge, Dienstverträge, Gestattungsverträge, Betriebsführungsverträge, öffentlich-rechtliche Vereinbarungen, Instandhaltungs- und Wartungsverträge, Versicherungsverträge etc.) ist zu einigen Verträgen hinsichtlich der Risikoabschätzung folgendes auszusagen:

6.1.1 Kreditverträge

Die Stadt Eschweiler hat ausschließlich mit Banken und Sparkassen Kreditverträge abgeschlossen. Dies gilt sowohl für die Langfristkredite (zur Finanzierung von Investitionen) als auch für die Liquiditätssicherungskredite. Zum Stichtag 31.12.2014 hat die Stadt insgesamt Verpflichtungen aus Kreditgeschäften vergangener Haushaltsjahre zur Finanzierung von Investitionen in Höhe von 77.377.467,08 €.

Unter Beachtung des Runderlasses des Innenministeriums NRW vom 09.10.2006 „Kredite und kreditähnliche Rechtsgeschäfte“ wurden Zinsfestschreibungen zur Begrenzung des Zinsänderungsrisikos insbesondere auch für Liquiditätskredite genutzt. Auslaufende Zinsderivate werden aktuell nicht mehr verlängert. Insgesamt lässt sich das Zinsrisiko nicht gänzlich ausschließen, da z.B. jede Prolongation einer auslaufenden Zinsfestschreibung Zinsmehraufwand verursachen kann, welcher auch nicht durch den Einsatz von Zinssteuerungsinstrumenten vollständig zu eliminieren ist.

6.1.2 Vertragliche Vereinbarungen in Zusammenhang mit städt. Beteiligungen

Die Ausgliederung von Aufgaben in privatrechtliche Gesellschaften führt bei verbleibender Beteiligung zu neuen unternehmensspezifischen Risiken. Nicht zuletzt aufgrund des organisatorischen Abstands zwischen der Kernverwaltung und den Beteiligungen ist eine direkte Steuerung durch die Kommunen nicht mehr möglich. Die Kommune hat auf unternehmerische Entscheidungen nur noch bedingt Einfluss.

Die Stadt Eschweiler hat zum 01.01.2013 nach Abschluss eines sog. Rekommunalisierungsprozesses die bisher im Besitz der Fa. Schönackers Umweltdienste GmbH & Co. KG befindlichen 49 %-ige Geschäftsanteile übernommen, sodass es sich nunmehr bei der WBE GmbH wieder um eine 100 %-ige Tochtergesellschaft der Stadt Eschweiler handelt. Für die übernommenen wirtschaftlichen Risiken leistete die Fa. Schönackers Umweltdienste GmbH & Co. KG eine Schadenersatzzahlung an die Stadt Eschweiler, welche erfolgsneutral vereinnahmt wurde und für evtl. Verluste der WBE GmbH in den Folgejahren bis zum ursprünglichen Vertragsablauf vorgehalten werden muss.

Gemäß der derzeitigen Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft sowie des Eintritts der Stadt Eschweiler in die von der Fa. Schönackers Umweltdienste GmbH &

Co. KG bis zum 31.12.2012 gewährten Sicherungsinstrumente wird eine tatsächliche Überschuldung der WBE GmbH vermieden.

Darüber hinaus wird zur Stabilisierung der Gesellschaft der nicht durch Eigenkapital gedeckte Fehlbetrag mittelfristig abgebaut. So hat die Stadt Eschweiler in Fortführung der Verfahrensweise des bisherigen Gesellschafters Fa. Schönackers Umweltdienste GmbH & Co. KG bereits für 2013 auf einen Teilbetrag in Höhe von 800 T€ und für 2014 auf einen Teilbetrag in Höhe von 1 Mio. € der mit einem Bilanzwert von 1 € übernommenen Darlehensforderung bzw. der entstandenen Zinsen verzichtet.

Weitere Verzichtserklärungen sollen in den kommenden Jahren sukzessive bis zum vollständigen Abbau der gewährten Gesellschafterdarlehen durch die Stadt Eschweiler erteilt werden.

Insbesondere durch die vorliegende Patronatserklärung kann das Risiko der Zahlungsunfähigkeit der WBE GmbH ausgeschlossen werden.

6.1.3 Gewährträgerschaft für BKJ/ AöR

Die Betreuungseinrichtungen für Kinder und Jugendliche sind in der Rechtsform einer gemeindlichen AöR gemäß § 114 a GO NRW organisiert. Dies hat für die Stadt Eschweiler eine gesetzliche Gewährträgerschaft zur Folge. Nach allgemeinem Verständnis bedeutet die Gewährträgerschaft, dass die Stadt Eschweiler unbeschränkt für alle Verbindlichkeiten der Anstalt einstehen muss, wenn diese die Ansprüche ihrer Gläubiger nicht mehr befriedigen kann.

Dies erfordert daher eine permanente haushaltswirtschaftliche Abstimmung zwischen der Stadt und der AöR, die u.a. auch eine sorgfältige und vorausschauende Fehlbetragsberechnung beinhaltet.

Zur Risikoabsicherung finden daher regelmäßig Abstimmungen zwischen dem Stadtkämmerer, der gleichzeitig Vorsitzender des Verwaltungsrates der BKJ ist, und dem Vorstand der BKJ statt.

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Entwicklung der Fehlbedarfsabdeckungen durch die Stadt Eschweiler an die BKJ sowie deren Betriebsergebnisse auf.

	2007*	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
	in T€	in T€	in T€	in T€	in T€	in T€	in T€	in T€
städt. Fehlbedarfsabdeckung	907	2.195	2.282	245	647	781	974	1.866 ***
Betriebsergebnis der BKJ**	-67	+344	+58	-310	+152	+45		

* Übernahme der städt. Kindergärten zum 01.07.2007

** Betriebsergebnisse 2013 und 2014 liegen zurzeit noch nicht vor. Es ist vorgesehen, dass die Feststellung des Jahresabschlusses 2013 bis Anfang Juni und sodann die Feststellung des Jahresabschlusses 2014 bis spätestens Mitte September 2015 erfolgt.

*** Die Erhöhung der Fehlbedarfsabdeckung resultiert insbesondere aus der Errichtung neuer Kindertageseinrichtungen bzw. der Einrichtung zusätzlicher Gruppen im Rahmen des U3/Ü3-Ausbaus zur Sicherstellung des gesetzlichen Betreuungsanspruches und des hieraus folgenden erhöhten Personal- und Sachaufwandes.